

2. § 1 Absatz 1 Nummer 2 wird wie folgt gefasst:

2. „beim Verkehr mit Lebensmitteln, Futtermitteln, kosmetischen Mitteln und Bedarfsgegenständen vor Täuschung, auch vor für die Verbraucherinnen und Verbraucher zum Verzehr ungeeigneten Lebensmitteln oder zur Verwendung ungeeigneten Bedarfsgegenständen im Sinne des § 2 Absatz 6 Satz 1 Nummer 1, zu schützen,“.

3. § 2 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 wird das Wort „Lebensmittel-Zusatzstoffe“ durch das Wort „Lebensmittelzusatzstoffe“ ersetzt.

b) Absatz 3 wird wie folgt geändert:

aa) Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Lebensmittelzusatzstoffe sind Lebensmittelzusatzstoffe im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 Buchstabe a in Verbindung mit Artikel 2 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1333/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 über Lebensmittelzusatzstoffe (ABl. L 354 vom 31.12.2008, S. 16).“

bb) In Satz 2 wird im einleitenden Satzteil das Wort „Lebensmittel-Zusatzstoffen“ durch das Wort „Lebensmittelzusatzstoffen“ ersetzt.

cc) Satz 3 wird wie folgt gefasst:

„Zu den Lebensmitteln im Sinne des Satzes 2 Nummer 1 zählen nicht

1. angereicherte Lebensmittel, insbesondere Energydrinks,

2. diätetische Lebensmittel,

3. Nahrungsergänzungsmittel.“

c) In Absatz 5 Satz 1 und 2 wird jeweils das Wort „Zubereitungen“ durch das Wort „Gemische“ ersetzt.

Mit dem vorliegenden Gesetz sollen die im Hinblick auf die genannten Rechtsakte der Union erforderlichen Anpassungen des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuches, darunter insbesondere der Straf- und Bußgeldvorschriften, vorgenommen werden.

Das Bundesverwaltungsgericht hat mit seinem Urteil vom 25. Juli 2007 (BVerwG 3 C 21.06) festgestellt, dass ein bestimmter Pflanzenextrakt aus Traubenkernen als charakteristische Zutat eines im wesentlichen hieraus bestehenden Nahrungsergänzungsmittels einzustufen sei und deshalb nicht einer vorherigen Zulassung als ein den Zusatzstoffen gleichgestellter Stoff im Sinne des § 2 Absatz 3 Satz 2 Nummer 1 erster Halbsatz des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuches bedürfe. Mit diesem Gesetz soll im Interesse des vorbeugenden Gesundheitsschutzes klargestellt werden, dass derartige Stoffe der Zulassungspflicht unterliegen.

Durch die Verordnung (EG) Nr. 767/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 über das Inverkehrbringen und die Verwendung von Futtermitteln, zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1831/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Richtlinien 79/373/EWG des Rates, 80/511/EWG der Kommission, 82/471/EWG des Rates, 83/228/EWG des Rates, 93/74/EWG des Rates, 93/113/EG des Rates und 96/25/EG des Rates und der Entscheidung 2004/217/EG der Kommission (ABl. L 229 vom 1.9.2009, S. 1), die nach ihrem Artikel 33 Absatz 2 ab dem 1. September 2010 gilt, werden vier Rats- und drei Kommissionsrichtlinien über den Verkehr mit Futtermitteln in einer Verordnung zusammengefasst. Die bisherigen Bestimmungen werden dabei modernisiert und vereinfacht, wobei die wesentlichen Elemente der bisherigen Regelungen weitergeführt werden. Das Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch soll an diese Regelungen angepasst werden.

Vor dem Hintergrund der Ablösung der Verordnung (EWG) Nr. 2377/90 durch die Verordnung (EG) Nr. 470/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Mai 2009 über die Schaffung eines Gemeinschaftsverfahrens für die Festsetzung von Höchstmengen für Rückstände pharmakologisch wirksamer Stoffe in Lebensmitteln tierischen Ursprungs, zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 2377/90 des Rates und zur Änderung der Richtlinie 2007/82/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und der Verordnung (EG) Nr. 726/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 152 vom 16.6.2009, S. 11) soll § 10 LFGB aktualisiert werden. Das

Das Gesetz sieht ferner auch Regelungen vor, die die Zusammenarbeit der nach diesem Gesetz für die Lebensmittelüberwachung zuständigen Behörden der Länder mit den Dienststellen des Zolls in Fällen der risikoorientierten Einfuhrkontrolle von Lebensmitteln

über Stoffe, die Lebensmitteln, die für eine besondere Ernährung bestimmt sind, zu besonderen Ernährungsmitteln zugefügt werden dürfen (ABl. EG Nr. L 52 S. 19).

Gleichwohl ist – über eine Gleichstellung – das bisherige Verbot mit Erlaubnisvorbehalt für Stoffe, die anderen als technologischen Gründen dienen, fortzuführen. Eine Abkehr von diesem Verbot hätte nämlich zur Folge, dass für eine Vielzahl von Stoffen, für deren Verwendung auf Gemeinschaftsebene in spezifischen Vorschriften derzeit noch keine Regelungen getroffen worden sind, keine nationale Verwendungsbeschränkung mehr bestehen würde. Eine solche Abkehr erscheint mit der Zielsetzung dieses Gesetzes, insbesondere der besonderen Akzentuierung des Aspektes der Vorbeugung gegen eine Gefahr für die menschliche Gesundheit, nicht vereinbar. Aus der in Absatz 3 Satz 2 vorgesehenen Gleichstellung in Verbindung mit der in § 4 Abs. 1 Nr. 2 getroffenen Regelung wird deutlich, dass es sich bei den den Zusatzstoffen gleichgestellten Stoffe nicht um Zusatzstoffe im Sinne des § 2 Abs. 3 Satz 1 handelt. Der Zusatzstoffbegriff dieses Gesetzes deckt sich damit mit der in Artikel 1 Abs. 2 der Richtlinie 89/107/EWG enthaltenen Definition.“

Das Bundesverwaltungsgericht hat mit seinem Urteil vom 25. Juli 2007 (BVerwG 3 C 21.06) festgestellt, dass ein bestimmter Pflanzenextrakt aus Traubenkernen als charakteristische Zutat eines im wesentlichen hieraus bestehenden Nahrungsergänzungsmittels einzustufen sei und deshalb nicht einer vorherigen Zulassung als ein den Lebensmittelzusatzstoffen gleichgestellter Stoff im Sinne des § 2 Absatz 3 Satz 2 Nummer 1 erster Halbsatz des LFGB bedürfe. Der Ansatz dieser Entscheidung ist mittlerweile in der Rechtsprechung aufgegriffen und auch auf andere Lebensmittel als Nahrungsergänzungsmittel erstreckt worden; so ist das Oberlandesgericht Köln (OLG Köln Az. 6 U 64/06) dem Bundesverwaltungsgericht auch bei der Beurteilung eines angereicherten Lebensmittels gefolgt. Von Seiten der zuständigen Behörden der Länder wird darauf hingewiesen, dass vor dem Hintergrund der Rechtsprechung eine große Unsicherheit darüber besteht, wie die Vorschrift des § 2 Absatz 3 Satz 2 Nummer 1 erster Halbsatz LFGB zu verstehen ist.

Vor diesem Hintergrund sollte deshalb eine Klarstellung im Gesetz erfolgen, um dem vorbeugenden Gesundheitsschutz bezüglich derartiger Stoffe hinreichend Rechnung zu tragen.

Mit der Neufassung des § 2 Absatz 3 Satz 3 LFGB wird klargestellt, dass angereicherte Lebensmittel (z. B. Energydrinks), diätetische Lebensmitteln und / oder Nahrungsergänzungsmittel keine Lebensmittel im Sinne § 2 Absatz 3 Satz 2 Nummer 1 LFGB sind.

Ein ausschließlich in angereicherten Lebensmitteln, diätetischen Lebensmitteln und / oder in Nahrungsergänzungsmitteln verwendeter Stoff kann demnach kein Stoff sein, der im Sinne

der Nummer 1 üblicherweise selbst als Lebensmittel verzehrt noch als charakteristische Zutat eines Lebensmittels verwendet wird. Demgegenüber sind Stoffe dann nicht als den Lebensmittelzusatzstoffen gleichgestellte Stoff anzusehen, wenn die Üblichkeit auch im Hinblick auf übliche Lebensmittel im Sinne der Nummer 1 gegeben ist.

Der bisher geltende Wortlaut des § 2 Absatz 3 Satz 3 kann im Hinblick auf Artikel 2 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1333/2008 über Lebensmittelzusatzstoffe entfallen.

Zu Nummer 3 Buchstabe c (§ 2)

§ 2 Absatz 5 setzt die Begriffsbestimmung für kosmetische Mittel des Artikels 1 der Richtlinie 76/768/EWG in deutsches Recht um. Artikel 1 Nummer 1 der Richtlinie 2008/112/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 zur Änderung der Richtlinien 76/768/EWG, 88/378/EWG und 1999/13/EG des Rates sowie der Richtlinien 2000/53/EG, 2002/96/EG und 2004/42/EG des Europäischen Parlaments und des Rates zwecks ihrer Anpassung an die Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 über die Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Stoffen und Gemischen (ABl. L 345 vom 23.12.2008, S. 68) sieht vor, dass im gesamten Text der Richtlinie 76/768/EWG die Bezeichnung „Zubereitung“ durch die Bezeichnung „Gemisch“ ersetzt wird. Das LFGB soll dementsprechend angepasst werden.

Zu Nummer 3 Buchstabe d (§ 2)

Es handelt sich um eine redaktionelle Anpassung an die nunmehr übliche Zitierweise von Unionsvorschriften.

Zu Nummer 4 (§ 3)

Durch die Verordnung (EG) Nr. 767/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 über das Inverkehrbringen und die Verwendung von Futtermitteln, zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1831/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Richtlinien 79/373/EWG des Rates, 80/511/EWG der Kommission, 82/471/EWG des Rates, 83/228/EWG des Rates, 93/74/EWG des Rates, 93/113/EG des Rates und 96/25/EG des Rates und der Entscheidung 2004/217/EG der Kommission (ABl. L 229 vom 1.9.2009, S. 1), die nach ihrem Artikel 33 Absatz 2 ab dem 1. September 2010 gilt, werden vier Rats- und drei Kommissionsrichtlinien über den Verkehr mit Futtermitteln in